



# Bundestags- Brief Nummer 100

09. September 2011

• *Meine Arbeit im Deutschen Bundestag* •



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Halbzeitbilanz für die 17. Legislaturperiode

*Keine Verluste gewinnen und für Bürger,*

die christlich-liberale Koalition ist nun seit gut zwei Jahren im Amt. Dabei haben die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, die sich in einigen europäischen Ländern zu einer Schuldenkrise ausweiten, die Koalition vor große Herausforderungen gestellt.

Bei aller Kritik, die insbesondere hinsichtlich des Umgangs innerhalb der Koalition nicht immer unberechtigt war, sollte deshalb nicht vergessen werden, dass die Bundesregierung mit Unterstützung der Regierungsfractionen Deutschland bisher gut durch diese Krise gebracht hat.

In meiner persönlichen Halbzeitbilanz möchte ich Sie aber nicht nur über die Arbeit der christlich-liberalen Koalition informieren, sondern Ihnen auch einen Überblick über meine eigenen Aktivitäten und Initiativen im Deutschen Bundestag geben.

Ich freue mich auch weiterhin über Ihr Interesse an meiner Arbeit und verbleibe

mit herzlichen Grüßen

*Prof. Monika Grütters*

### Zwei Jahre christlich-liberale Koalition Krisen bewältigen, Haushalt konsolidieren

Nach der Wirtschafts – und Finanzkrise, von der auch Deutschland durch seine vielfältige internationale Vernetzung betroffen war, hat die deutsche Wirtschaft mit Unterstützung der Politik wieder in die Spur gefunden. Mit einem **gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 3,6 Prozent des BIP im zurückliegenden Jahr ist Deutschland** wieder zur Wachstumslokomotive in Europa geworden.

Der christlich-liberalen Koalition ist dabei immer bewusst gewesen, dass dieser Erfolg auch durch die **verantwortungsvolle Kooperation von Arbeitnehmern und Arbeitgebern** in der Krisenzeit ermöglicht wurde.

Mithilfe eines Instruments wie der **Kurzarbeit** konnten Massenentlassungen in der Hochzeit der Krise vermieden werden, während die auf nachhaltige Wirkungen angelegten **Konjunkturpakete** Nachfrageimpulse setzen konnten.

Den Lohn für diese Bemühungen ernten die Sozialpartner gemeinsam: Die **Zahl der Arbeitslosen** ist deutlich zurückgegangen und im Jahresdurchschnitt sogar auf **unter drei Millionen** gefallen.

Gleichzeitig ist die **Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** im Jahr 2010

stark gestiegen: im Vergleich zum Vorjahr gingen mehr als **545.000 Menschen** zusätzlich einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung liegt damit sogar deutlich über dem Vorkrisenniveau.

### Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Deutschland:

Jahr	Arbeitslosenzahl	Quote
2005	4 860 909	11,7
2006	4 487 305	10,8
2007	3 776 509	9,0
2008	3 267 907	7,8
2009	3 423 283	8,2
2010	3 244 470	7,7
August 2011	2.945.000	7,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt manifestiert sich auch in der **Zahl der Erwerbstätigen**: diese erreichte im Jahr 2010 mit bundesweit durchschnittlich **40,37 Millionen** einen neuen Höchststand.

Die Arbeitnehmer in Deutschland profitieren vom Aufschwung aber nicht nur durch neue Jobs, die nun während des Aufschwungs entstehen. Auch die **realen Einkommen der privaten Haushalte** sind im vergangenen Jahr um fast **3 Prozent** gestiegen.

Dazu tragen nicht nur die erfolgreichen Lohnverhandlungen zwischen den Sozialpartnern bei, sondern auch die Politik der christlich-liberalen Koalition. So konnten zum **Jahreswechsel 2009/2010** Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft um knapp **30 Milliarden Euro jährlich entlastet** werden. Geld, das nun für Investitionen in die Zukunft und eine Stärkung der Binnen- nachfrage zur Verfügung steht.

Von diesen Entlastungsmaßnahmen profitieren besonders **Familien mit Kindern** durch die Erhöhung des Kindergeldes um

monatlich 20 Euro und des Kinderfreibetrages von 6024 auf 7008 Euro (Gesamtumfang der Entlastung: 4,6 Milliarden Euro). Daneben konnten aber auch Erleichterungen und Entbürokratisierungen im **unternehmenssteuerlichen Bereich** und bei der **Erbschaftsteuer** umgesetzt werden.

Gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen hat die Bundesregierung so dafür gesorgt, dass **Deutschland gut aus der Krise** gekommen ist.

Dennoch stehen wir heute **weiteren Herausforderungen** gegenüber. Dazu gehört unzweifelhaft die derzeitige **Instabilität der Finanzmärkte**, die sich inzwischen nicht mehr nur auf einige europäische Länder beschränkt, sondern **weltweit für gefährliche Turbulenzen** sorgt.

Die Bundesregierung hat deshalb in den vergangenen Wochen und Monaten verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die **Stabilität des Euro** zu wahren.

Die Einführung des Euro war nicht nur eine symbolische Geste: für **Deutschland als Exportnation hat der Euro unbestreitbare Vorteile gebracht**. Allein durch den Wegfall der Transaktionskosten und der Wechselkurschwankungen konnten gerade für exportorientierte deutsche Unternehmen **Wettbewerbsnachteile in Milliardenhöhe wettgemacht werden**.

Mittlerweile gehen fast zwei Drittel unserer Exporte in andere europäische Länder. Der **Außenwert des Euro** gegenüber den weltweit zwanzig anderen wichtigen Währungen ist seit seiner Einführung sehr stabil und in diesem Jahr sogar um mehr als fünf Prozent gestiegen. **Was die Inflationsstabilität angeht, übertrifft der Euro die D-Mark bei weitem**. Der Euro ist eine erfolgreiche Währung, die maßgeblich dazu beigetragen hat, dass Deutschland gut durch die Krise ge-

kommen - und sogar gestärkt daraus hervorgegangen ist.

Die Bundesregierung hat unter anderem mit ihrer Zustimmung zum **europäischen Stabilitätsmechanismus** Maßnahmen auf den Weg gebracht, die es den in Schwierigkeiten geratenen Staaten ermöglichen werden, **Hilfe zur Selbsthilfe** zu erhalten.

Für mich als Parlamentarierin ist aber wichtig, dass die Bundesregierung den **Deutschen Bundestag** auch zukünftig schnellstmöglich über ihre Positionen informiert und in maßgebende Entscheidungen selbstverständlich einbezieht. Im Zentrum des Interesses steht für mich als Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion natürlich die **konkrete Ausgestaltung der jüngsten Erweiterungsbeschlüsse zum europäischen Stabilitätsmechanismus**.

Vor dem Hintergrund der **Schuldenkrise** nicht nur in einigen europäischen Ländern, sondern auch in den USA wird deutlich, dass die Bundesregierung mit ihrer **doppelten Strategie der Haushaltskonsolidierung und der passgenauen Investition in Zukunftsbereiche** richtig liegt.

Mit der Anfang 2009 beschlossenen **Schuldenbremse** haben sich CDU und CSU zu ihrer politischen Verantwortung bezüglich der Begrenzung der Staatsverschuldung bekannt. Durch diese im **Grundgesetz verankerte Regel** wird es dem Bund ab 2016 nicht mehr möglich sein, im größeren Umfang neue Schulden aufzunehmen.

Mit dem **Zukunftspaket**, das die Bundesregierung 2010 beschlossen hat, werden **innerhalb von vier Jahren 80 Milliarden Euro** eingespart.

Dieses macht sich schon jetzt in der Entwicklung der **Nettokreditaufnahme des Bundes** bemerkbar. Bereits in diesem Jahr wird Deutschland die **Maastricht-Grenze** für

die Neuverschuldung mit 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes deutlich unterschreiten.

Dazu plant der Bund für das Jahr 2012 nunmehr nur noch mit einer **Nettokreditaufnahme von gut 27 Milliarden Euro**. Natürlich ist auch dies noch immer keine befriedigende Situation, das Ziel muss auch aus meiner Sicht ein ausgeglichener Haushalt sein.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Bundesregierung mit dem Haushalt 2012 aber eine sehr gute Grundlage geschaffen, von der aus es unter Umständen auch schon **2015 gelingen kann, auf neue Schulden zu verzichten**.

Zu meiner großen Freude legt die Bundesregierung trotz der **Haushaltskonsolidierung** jedoch großen Wert darauf, dass Deutschland seine Verantwortung als **Kulturation** weiter wahrnimmt und auch **Investitionen in die Zukunft** weiter möglich bleiben.

Mein politisches Engagement hat immer schon zwei Politikbereichen in besonderem Maße gegolten. Neben der **Bildungs – und Wissenschaftspolitik ist es nach wie vor die Kulturpolitik, die für mich von großer Bedeutung ist**.

Meine Arbeit im Deutschen Bundestag als [Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien](#) sowie als [Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung](#) spiegelt mein besonderes Interesse an diesen Bereichen entsprechend wieder.

Deshalb möchte ich Ihnen im Folgenden meine Arbeit sowohl in der **Kultur – als auch in der Bildungspolitik** etwas näherbringen.

## **Kulturpolitik im Deutschen Bundestag** **Für die Bewahrung des kulturellen Erbes und die Förderung der Avantgarde**

Als CDU/CSU – Bundestagsfraktion sind wir uns bewusst, dass Deutschland zuerst eine Kulturnation war und erst später auch politische Nation wurde.

Unser **kulturelles Erbe** ist ein zentrales **sinn- und identitätsstiftendes Element** im gesellschaftlichen Diskurs, das wir aktiv bewahren wollen.

Aus unserer Geschichte wissen wir aber auch, wie wichtig die **Freiheit der Künste** und die **Förderung der Avantgarde** sind. Nur so schaffen wir es, offen zu bleiben für Neues, und nur so ermöglichen wir es Kreativen, Künstlern und Intellektuellen, ihre Ideen umsetzen zu können.

Diese beiden Elemente prägen die deutsche Kulturpolitik. Dabei fallen **Kunst und Kultur** natürlich im Wesentlichen in die **Zuständigkeit der Länder und Kommunen**.

Knapp **90 Prozent** der öffentlichen Ausgaben für die Kultur kommen gut je zur Hälfte von den Ländern und den Kommunen, während der **Bund circa 12 Prozent** der öffentlichen Kulturausgaben übernimmt.

Uns Kulturpolitikern im Bundestag ist es in den letzten Jahren aber zu meiner großen Freude gelungen, für einen **spürbaren Aufwuchs im Kulturhaushalt zu sorgen**.

**Auch von den Einsparungen im Rahmen des Zukunftspakets ist die Kultur ausgenommen worden** - ein erfreuliches Zeichen für die gestiegene Wertschätzung der Kunst und Kultur im ganzen Deutschen Bundestag.

## **Entwicklung des Kulturhaushalts**

Jahr	Haushalt in Mill. Euro	Steigerung in % im Vergleich zum Vorjahr
2005	1017	
2006	1053	+3,53 Prozent
2007	1098	+4,27 Prozent
2008	1113	+1,36 Prozent
2009	1137	+2,15 Prozent
2010	1150	+1,15 Prozent
2011	1146	-0,34 Prozent
Gesamtaufwuchs		<b>+12,12 Prozent</b>

Quelle: BKM

Dieses **verstärkte Engagement für Kunst und Kultur** in den vergangenen Jahren kommt einer ganzen Reihe von Vorhaben, Programmen und Maßnahmen zu Gute, von denen ich nur einige nennen möchte.

Eine besonders enge Zusammenarbeit zum **Schutz des kulturellen Erbes** in Deutschland gibt es zwischen der **christlich-liberalen Koalition** und der **UNESCO**. In den letzten Jahren sind eine ganze Reihe deutscher Kulturstätten mit dem Titel **„Weltkulturerbe“** der UNESCO ausgezeichnet worden. Für uns Kulturpolitiker ist jede Verleihung dieses Titel Anlass zu großer Freude, aber er bringt auch Verantwortung mit sich.

Dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist mir ein großes Anliegen. Deshalb habe ich mich auch innerhalb meiner Fraktion als **Sprecherin des Gesprächskreises für die UNESCO-Welterbestätten** engagiert.

Gemeinsam ist es uns schon **mehrfach** gelungen, für den **Unterhalt und die Sanierung der Welterbestätten in Deutschland zusätzliche Mittel** einzuwerben.

Als **Vorsitzende des Kulturausschusses** des Deutschen Bundestages und gleichzeitig **einziges Berliner Mitglied** in diesem Gremium ist es mir ganz besonders wichtig, die Interessen **Berlins** zu vertreten.



Dabei muss man sich vor Augen führen, dass mehr als **40 Prozent der Bundesmittel für die Kultur auf Berlin entfallen**. Das liegt natürlich zum einem an der **Fülle hochklassiger kultureller Institutionen** in dieser Stadt, wie zum Beispiel dem restaurierten „Neuen Museum“ mit der weltberühmten [Nofretete](#), vor allem aber ist es **Ausdruck der Anerkennung der besonderen Rolle Berlins als Hauptstadt**.



Bode-Museum auf der Museumsinsel ©Staatliche Museen zu Berlin. Foto: Atelier Tesar

Dennoch gibt es immer wieder **Begehrlichkeiten anderer Länder**, diese besondere Behandlung Berlins zu beenden. Ich versuche deshalb immer wieder zu überzeugen, dass Berlin Deutschlands Schaufenster ist. **Was in dieser Stadt gelingt, wird in den Augen der Welt unserer gesamten Nation gut geschrieben**, das darf nicht vergessen werden.

Deshalb freue ich mich, wenn es gelingt, die [Förderung](#) für herausragende kulturelle Einrichtungen in Berlin auf Dauer [zu sichern](#) oder gar [neu zu etablieren](#).

Das wichtigste kulturpolitische Vorhaben in unserem Land ist die Errichtung des **Humboldt-Forums** in Berlin. Seit vielen Jahren unterstütze ich die Idee, den **außereuropäischen Kulturen** auf dem **zentralen Platz unserer Republik** eine neue Heimat zu bieten. Die Gegenüberstellung mit den europäischen Traditionen und den alten Meistern

auf der Museumsinsel würde nicht nur ein **künstlerisch hochinteressantes Ensemble** ergeben, sondern wäre gleichzeitig auch ein **überzeugender Ausdruck unserer Toleranz und Weltoffenheit**.

Dass die Debatte um dieses wichtige Projekt immer noch primär um die **Rekonstruktion der Schlossfassade** kreist, [bedauere](#) ich. Sicher hat diese vordergründige Betrachtung auch dazu beigetragen, den [Baustart](#) für das Humboldt-Forum im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse nach hinten zu verschieben. Ich hoffe aber, dass bald wieder in der Debatte die **Inhalte** in den Vordergrund gelangen. Die Errichtung der Humboldt-Box ist ein weiterer Schritt auf dem Weg, das Humboldt-Forum und seine großartige Idee Wirklichkeit werden zu lassen.

Auch die **Gedenkpolitik** gehört zu den Zuständigkeitsbereichen des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag. So sind etwa im Frühjahr 2011 die Gewinner des Wettbewerbs für das **Freiheits- und Einheitsdenkmal** von Kulturstaatsminister Bernd Neumann in diesem Ausschuss bekanntgegeben worden. Die Sieger Milla und Partner werden gemeinsam mit Sasha Waltz eine begehbare Schale mit dem Titel "Bürger in Bewegung" auf den Sockel des alten Nationaldenkmals setzen.

Auch das **Gedenken an die beiden Diktaturen auf deutschem Boden** fällt in die Zuständigkeit des Kulturausschusses. Dabei war in diesem Bereich zuletzt die Nachfolge von Marianne Birthler als **Beauftragte für die Stasi-Unterlagen** von großer Bedeutung. Mit [Roland Jahn](#) wurde ein guter Nachfolger gefunden, der die hervorragende Arbeit von **Marianne Birthler** und **Jochim Gauck** fortsetzen wird.

Die **Aufarbeitung der SED – Diktatur** ist ein Schwerpunkt in der Arbeit der christlich-liberalen Fraktion. Dazu gehören nicht nur die Etablierung neuer Gedenkort, wie etwa

im **Tränenpalast** oder der **Kulturbrauerei** in Berlin, sondern auch die [Veränderung bei den Überprüfungen einer Stasi-Mitarbeit.](#)

Außerdem werde ich mich weiterhin auch dafür einsetzen, dass die **Opfer der SED-Diktatur** nicht mit ihrem Schicksal allein gelassen werden. Nach der Etablierung der sogenannten „[Opfer-Pension](#)“ im Jahr 2007 hat die christlich-liberale Koalition mit dem vierten [SED-Unrechtsbereinigungsgesetz](#) weitere Verbesserungen für die Opfer der SED-Diktatur auf den Weg gebracht.

Zu den Schwerpunkten meiner kulturpolitischen Arbeit gehört die [Auswärtige Kulturpolitik](#). Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen Partnern in aller Welt spielt auch der **kulturelle Austausch** eine große Rolle.

Mit den **Goethe-Instituten**, der **Deutschen Welle** und vielen anderen Programmen unternimmt Deutschland große Anstrengungen für die Auswärtige Kulturpolitik.

Institutionell ist die auswärtige Kulturpolitik im **Auswärtigen Amt** angesiedelt, kontrolliert wird die Arbeit des Auswärtigen Amtes in diesem Bereich jedoch vom [Unterausschuss Auswärtige Kulturpolitik](#), dem sowohl Kultur- als auch Außenpolitiker angehören.

Ich engagiere mich sehr gerne als [Obfrau](#) in diesem Ausschuss, weil neben den 1,2 Milliarden im Haushalt des Staatsministers für Kultur und Medien auch der [Haushalt für die Auswärtige Kulturpolitik](#) fast **750 Millionen Euro umfasst**.

Die Möglichkeit, auf diesem Wege zu einem **positiven Deutschlandbild** in der Welt beizutragen und die **internationale Verständigung** zu unterstützen, sind eine schöne Herausforderung.

Eine zentrale Rolle im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik spielen die [Goethe-Institute](#) als größter Kulturmittler unseres Landes im Ausland. **Mit seinen 149 Instituten (13 davon in Deutschland) und 11 Verbindungsbüros in 92 Ländern** sind sie nicht nur unsere besten Werber für die deutsche Sprache, sondern unterstützen vor allem die Vermittlung unserer Kultur und unserer gesellschaftlichen Werte in der Welt.



Monika Grütters mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor dem Goethe-Institut in Hanoi.

Vom Auswärtigen Amt werden die Goethe-Institute mit mehr als **215 Millionen Euro im Jahr unterstützt**. Die restlichen 75 Millionen Euro, die **im Gesamthaushalt des Goethe – Instituts** mit insgesamt **ca. 290 Millionen Euro** enthalten sind, bringt das Goethe-Institut durch Einnahmen aus Sprachkursen und anderen Kursangeboten selbst auf.

In den vergangenen Jahren haben wir Kulturpolitiker erfolgreich für eine größere **Autonomie der Goethe-Institute in Haushaltsfragen** gekämpft. Deshalb war es mir auch ein großes Anliegen, die [jüngsten Kürzungspläne](#), die im Rahmen der Einsparungen für das Zukunftspaket entworfen wurden, zu verhindern.

Gemeinsam mit Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitikern aller Fraktion ist es dann im letzten Jahr glücklicherweise auch gelungen, **vielmehr** dafür zu sorgen, dass das

**Goethe-Institut seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann.**

Das derzeit **wichtigste Projekt** im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik ist die Errichtung einer **Künstlerakademie „Tarabya“** auf dem Sommersitz des Deutschen Botschafters in **Istanbul**. Seit **einigen Jahren** schon begleite ich intensiv die Planungen zur Etablierung der Künstlerakademie in Tarabya.



**Hauptgebäude der Sommerresidenz Tarabya des Deutschen Botschafters in Istanbul.**

Als ein gemeinsam vom Deutschen Bundestag und Goethe-Institut entworfenem Projekt soll es **Künstlerinnen und Künstlern und Intellektuellen** aus Deutschland ermöglicht werden, **den kulturellen Austausch mit der Türkei** zu pflegen und gerade in den meinungsbildenden Milieus beider Gesellschaften mehr voneinander zu erfahren und den Kontakt zueinander zu intensivieren.

Dank **anderer Stipendiatenprogramme in Italien und den USA**, die seit Jahrzehnten erfolgreich wirken, wissen wir, dass dieser Austausch nicht nur auf diese Personen beschränkt bleibt, sondern dass diese anschließend als **Vermittler** auch in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen auftreten und so **den Gedanken der Verständigung oft mit großem Erfolg unterstützen**.

Obwohl es um die Künstlerakademie in Tarabya zuletzt **einige Irritationen** auch in der Kooperation mit dem Auswärtigen Amt

gab, freue ich mich, dass der Wille des Parlamentes, die Künstlerakademie als Baustein für ein noch besseres deutsch-türkisches Verhältnis zu gründen, nun **realisiert** wird.

Ein weiteres Element, das meine Arbeit im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik prägt, ist die **Auseinandersetzung mit Ländern, die demokratische Strukturen und Menschenrechte nicht in dem Maße respektieren**, wie wir als Politikerinnen und Politiker eines demokratischen Landes und Rechtsstaates uns das wünschen.

Weil Auswärtige Kulturpolitik eben auch und ganz besonders eine **wertbezogene Ebene** enthält, die nicht zuletzt in der **Freiheit der Kunst** zum Tragen kommt, lässt sich dieses Thema nicht verschweigen.

Bei meinen Reisen nach **Vietnam** und **China** habe ich die Chancen, aber auch die Grenzen kennenlernen können, die der kulturbezogenen Wertevermittlung gesteckt sind.

Dabei gilt für mich aber noch immer, dass die Kultur als Mittlerin noch am ehesten geeignet ist, zwischen **divergierenden Wertvorstellungen zu vermitteln**. **Dort, wo Politik und Diplomatie ihre Grenzen erkennen, kann die Kultur oft noch Brücken bauen**.

Die Möglichkeit, zumindest in einigen Fällen **Denkprozesse** in Gang zu setzen, darf nicht unterschätzt werden.

Langfristig angelegte **kulturelle Projekte können für Entrepreneurere dringend benötigte Rückzugsräume und Nischen** anbieten, wie das zum Beispiel in Nordafrika lange der Fall gewesen ist.

Daher bin ich immer noch davon überzeugt, dass es **richtig** war, die Ausstellung zur Aufklärung im chinesischen Nationalmuseum



trotz der provokanten Inhaftierung von **Ai Wei Wei** nicht abzusagen.

Wie viele andere auch habe ich vehement und **wiederholt** seine **Freilassung** gefordert und hoffe, dass er nun nach seiner Freilassung seine **Professur an der Akademie der Künste** in Berlin bald antreten können wird.

### Wissenschafts – und Bildungspolitik

Nach diesem Einblick in meine kulturpolitische Arbeit möchte ich Ihnen auch noch mein zweites Fachgebiet etwas näher vorstellen: die **Bildungs – und Forschungspolitik**.

Seit ich 2005 zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, bin ich in diesem Bereich innerhalb meiner Fraktion insbesondere für die **hochschulpolitischen Themen** zuständig.

Jedem jungen Menschen die Chance auf eine bestmögliche Bildung zu geben, ist die zentrale Aufgabe für unser Land, wenn wir die Herausforderungen der Zukunft meistern wollen.

Meinen **Wahlkampf** im Jahr 2009 habe ich deshalb bewusst unter das Motto **„Für die Bildungsrepublik“** gestellt.

Im Folgenden möchte ich Ihnen deshalb einen Einblick in meine Arbeit in der Bildungspolitik geben.

### Bildung und Forschung: Auf dem Weg in die Bildungsrepublik

CDU/CSU und FDP haben ihren Koalitionsvertrag programmatisch unter den Titel **„Wachstum, Bildung und Zusammenhalt“** gestellt und damit zum Ausdruck gebracht, dass sie Bildung als einen zentralen Schlüssel für die Zukunft unserer Gesellschaft betrachten.

Mit dem ehrgeizigen Ziel der Bundesregierung, Deutschland zur **„Bildungsrepublik“** zu machen und zukünftig **10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes** in Bildung (7 Prozent) und Forschung (3 Prozent) zu investieren, respektiert die Bundesregierung den Wandel unserer Gesellschaft hin zu einer **„Wissensgesellschaft“**, in der vor allem eine gute Ausbildung Erfolg verspricht. Das spiegelt sich auch in der Entwicklung des Haushalts für die Bereiche Bildung und Forschung.

#### ◆ **Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung:**

Jahr	Haushalt in Mrd. Euro	Steigerung in % im Vergleich zum Vorjahr
2005	7,580	
2006	8,025	5,6 Prozent
2007	8,500	5,9 Prozent
2008	9,350	10,0 Prozent
2009	10,204	9,1 Prozent
2010	10,863	6,5 Prozent
2011	11,646	7,2 Prozent
2012*	12,804	9,9 Prozent
Gesamtaufwuchs		54,2 Prozent

\* Entwurf; Quelle: eigene Darstellung auf Zahlengrundlage des BMBF.

Unter Führung von **Bundeskanzlerin Angela Merkel** und **Bildungsministerin Annette Schavan** hat die CDU dafür gesorgt, dass die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung innerhalb von sieben Jahren um mehr als **54 Prozent** gestiegen sind.

Im Vergleich zu 2005 gibt der Bund mittlerweile jedes Jahr mehr als **5 Milliarden Euro zusätzlich für Bildung und Forschung** aus.

Die positiven Wirkungen dieser gestiegenen Finanzmittel sind bereits an vielen Stellen zu spüren, so etwa im Bereich der Schule und der Hochschulen:

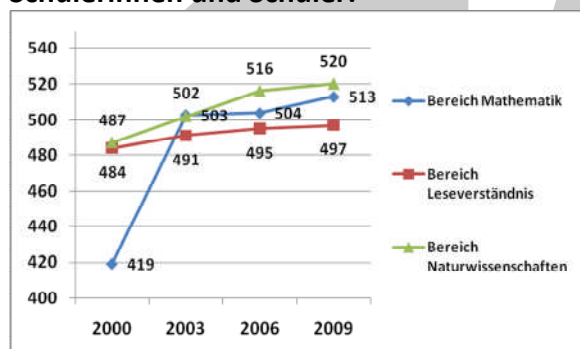


## Schule

Die Leistungen der deutschen Schülerinnen und Schüler sind in den letzten Jahren spürbar besser geworden.

Die jüngsten Ergebnisse der **PISA-Studie** haben deutlich gemacht, dass in Deutschland alle Verantwortlichen verstanden haben, dass die **Qualität der Lehre an unseren Schulen** über den Erfolg unseres Gemeinwesens in der Zukunft maßgeblich mitentscheiden wird.

### Entwicklung der PISA-Ergebnisse deutscher Schülerinnen und Schüler:



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der PISA-Daten der OECD.

An der internationalen Vergleichsstudie zu Schulleistungen nehmen alle drei Jahre mehr als 60 Länder teil.

Die deutschen Schülerinnen und Schüler haben sich dabei kontinuierlich verbessert: im Bereich „**Leseverständnis**“ konnten 2009 durchschnittlich **13 Punkte (+2,6 Prozent)** mehr als noch im Jahr 2000 erzielt werden.

Noch stärker war die Steigerung im Bereich „**Naturwissenschaften**“; dort war gegenüber dem PISA-Test im Jahr 2000 eine Verbesserung von **23 Punkte (+7,6 Prozent)** feststellbar. Besonders eindrucksvoll aber war die Verbesserung im Bereich „**Mathematik**“. Hier konnten sich die deutschen Schülerinnen und Schüler im Jahr 2009 um **94 Punkte (+22,4 Prozent)** gegenüber dem Ergebnis von 2000 verbessern.

Dennoch darf nicht übersehen werden, dass es gerade im föderalen Schulsystem Entwicklungen gibt, die problematisch sind. Eltern und Kinder sind in vielen Bundesländern **beständigen Schulreformen ausgesetzt, die jede Verlässlichkeit verhindern**. In Berlin hat der Senat zum Beispiel innerhalb von acht Jahren ungezählte Schulreformen in Kraft gesetzt, die zu einer **massiven Verunsicherung und Überforderung aller Beteiligten geführt haben**.

Auch die **Ausdifferenzierung von Schultypen, Lehrplänen und der Lehrerausbildung** zwischen den Bundesländern sorgt in der Bevölkerung für Unmut. Wir erwarten von den Menschen in unserem Land, flexibel zu sein, dafür müssen von der Politik aber auch die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Wenn Eltern fürchten, dass ihre Kinder bei einem Umzug ein ganzes Schuljahr wiederholen müssen, weil Lehrpläne und Schultypen unter den Bundesländern nicht abgestimmt sind, dann haben wir nicht zuletzt ein **Kooperationsproblem, das gelöst werden muss**.

## Hochschule

Als **zuständige Berichterstatterin** der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Hochschulen bin ich stolz darauf, dass wir im Bereich der Hochschulen mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen und Programmen große Fortschritte erzielen konnten.

So hat sich der **Hochschulpakt**, den Bund, Länder und Universitäten miteinander geschlossen haben, als wirkungsvolles und gutes Instrument erwiesen, um zusätzliche **Studienplätze** zu schaffen.

In der ersten Programmphase von 2007 bis 2010 haben die Partner des Paktes mehr als **180.000 neue Studienplätze** finanziert, obwohl zunächst nur 90.000 geplant waren. Statt einer Milliarde wurden **zwei Milliarden**

**Euro** für diese zusätzlichen Studienplätze zur Verfügung gestellt.

Der **Hochschulpakt** hat damit gezeigt, dass wir in Lage sind, uns der dynamischen Entwicklung an den deutschen Hochschulen anzupassen.

**Neu geschaffene Studienplätze nach Hochschulart zwischen 2007-2010:**

Jahr	FH	Universität	Gesamt
2007	6036	4027	10.063
2008	28.744	5982	34.726
2009	41.725	20.249	61.974
2010	46.892	32.565	79.457
07-10	127.424	54.769	<b>182.193</b>

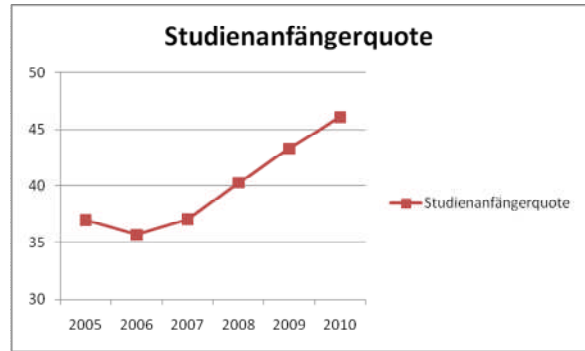
Quelle: BMBF

Für die zweite Phase des Hochschulpaktes haben Bund, Länder und Universitäten vereinbart, ihre Anstrengungen noch weiter zu verstärken. Statt ursprünglich geplanter 3,2 Milliarden Euro für 275.000 zusätzliche Studienplätze in den Jahren **2011-2015** sollen im gleichen Zeitraum nun **4,7 Milliarden Euro** investiert werden, um bis zu **350.000 neue Studierende** an deutschen Hochschulen zu empfangen.

Ihr Ziel, dass 40 Prozent eines Jahrgangs ein Studium aufnehmen können, hat die christlich-liberale Koalition auch dank des Hochschulpakts schon jetzt deutlich übertroffen: im **Jahr 2010 lag die Quote der Studienanfänger bereits bei 46 Prozent.**

**Entwicklung der Studienanfängerquote:**

Jahr	Studienanfänger
2005	356 076
2006	344 967
2007	361 459
2008	396 800
2009	423 398
2010	442.600



Quelle: eigene Darstellung mit Zahlen des Statistisches Bundesamts

Die Schaffung neuer Studienplätze ist der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus zwei Gründen ein zentrales Anliegen: Zum einen wirken wir mit einer besseren Ausbildung der jungen Generation auch dem **Fachkräftemangel** entgegen, der durch den demographischen Wandel und den Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter auf uns zukommt.

Zum anderen können mehr Studienplätze dabei helfen, **Aufstieg durch Bildung** zu ermöglichen. Die entscheidenden Markkerne der Bildungspolitik der CDU sind **gerechte Bildungschancen und Leistungsorientierung**. Wir wollen jedem jungen Menschen die Chance geben, seine individuellen Potenziale bestmöglich zu nutzen. Die Schaffung zusätzlicher Studienplätze ist daher ein wichtiger Baustein auf dem Weg in die **Bildungsrepublik**.

Dabei geht es nicht nur um die Frage, wie viele Studienplätze wir in Deutschland zur Verfügung stellen können, sondern es muss das Ziel sein, den Studierenden in Deutschland auch eine möglichst **gute Studienbedingungen** zu bieten.

Dazu gehört insbesondere eine hohe **Qualität in der wissenschaftlichen Ausbildung**, die in dieser Legislaturperiode auch im **Plenum** des Deutschen Bundestages diskutiert wurde.

Die christlich-liberale Koalition hat mit dem **Qualitätspakt für die Lehre** ein Programm auf den Weg gebracht, mit dessen Hilfe in

den nächsten 10 Jahren insgesamt **2 Milliarden Euro** den Hochschulen zur Verfügung gestellt werden. In der [Debatte](#) um den Qualitätspakt für die Lehre habe ich dieses sinnvolle und notwendige Instrument ausdrücklich unterstützt.

Zum Wintersemester 2011/12 beginnt nun die Förderung der ersten Hochschulen, die sich um Mittel aus diesem Programm beworben haben. Von 204 Hochschulen in Deutschland haben sich mit 194 fast alle um eine Förderung beworben, von denen nun letztlich **111 Hochschulen gefördert** werden. Besonders gefreut hat mich, dass in Berlin immerhin [acht Hochschulen](#) eine Förderung einwerben konnten.

Wer sich Gedanken über die **Qualität des Studiums** in Deutschland macht, darf dabei nicht die größte Reform im universitären Bereich der letzten Jahrzehnte vergessen: die **Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master im sogenannten Bologna-Prozess**.

Als federführende Berichterstatterin habe ich mich innerhalb der Regierungsfractionen deshalb gleich zu Beginn der Legislaturperiode dafür eingesetzt, die professionelle Umsetzung der Bologna-Reform mit einem [Antrag](#) einzufordern. Die Anpassungsleistung der Hochschulen an die Bologna-Reform konnte nicht nur in der Umkettierung eines Magister- oder Diplom- in einen Bachelorstudiengang bestehen.

Mittlerweile hat der Großteil der Universitäten die Umstellung der Bologna-Reform allerdings gemeistert, und die **Vorteile der Reform** werden nun sichtbar. Gerade in den Sozial- und Kulturwissenschaften ist ein **Rückgang der Studienabbrecherzahlen** besonders sichtbar.

In einigen Studiengängen wie Erziehungswissenschaften hat sich die Abbrecherzahl sogar halbiert. **Auch auf dem Arbeitsmarkt**

**kommen Absolventen mit einem Bachelor-Abschluss dank des „Bachelor-Welcome“ – Programmes der Wirtschaft gut zurecht.** Absolventenbefragungen zeigen, dass, entgegen der Befürchtungen, die Jobsuche auch mit Bachelor-Abschluss mit durchschnittlich 3 Monaten nicht länger dauert, als mit einem Diplom – oder Magisterabschluss.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist uns daran gelegen, dass nicht nur das Studium von exzellenter Qualität geprägt ist, sondern auch der Weg ins Studium – die **Bewerbung um einen Studienplatz** - möglichst einfach und komfortabel gestaltet werden muss. Deshalb hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits vor einigen Jahren die Entwicklung einer Software für ein **bundesweit einheitliches Zulassungsverfahren** mit mehr als **15 Millionen Euro** unterstützt.

Das [Dialogorientierte Serviceverfahren](#) sollte ursprünglich bereits in diesem Jahr verwendbar sein und die Studienplatzvergabe [spürbar erleichtern](#). Aufgrund von Inkompatibilitäten der sehr verschiedenen hochschuleigenen Computerprogramme wird sich der Beginn dieses wichtigen Vorhabens leider verzögern.

**Meine Enttäuschung** über die Probleme beim dialogorientierten Serviceverfahren habe ich ebenfalls im [Plenum](#) zum Ausdruck gebracht.

Gute Studienbedingungen als Grundlage für eine erfolgreiche wissenschaftliche Ausbildung setzen auch voraus, dass die Studierenden ihr Studium vernünftig finanzieren können.

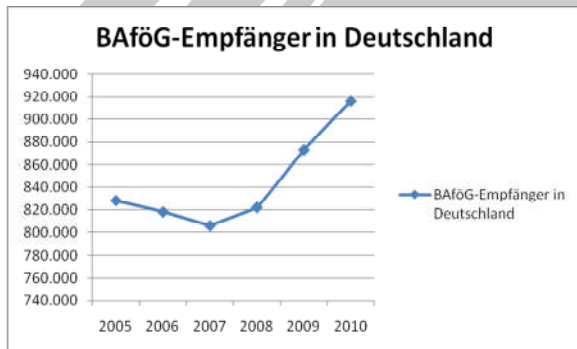
Im Bereich der **Studienfinanzierung** hat die christlich-liberale Koalition in den vergangenen beiden Jahren eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht. Bereits im Jahr 2008 hatte die CDU-geführte Bundesregierung eine Erhöhung des **BAföG** um 10 Prozent (Bedarfsätze), bzw. 8 Prozent (Freibeträge) beschlossen. Zum 01. Oktober 2010 wurden dann erneut die Freibeträge (um 3

Prozent) und die Bedarfssätze (um 2 Prozent) erhöht. Damit liegt der Bafög-Höchstsatz nun bei **670 Euro**, 15% höher als unter der letzten rot-grünen Bundesregierung.

Die 23. Bafög-Novelle umfasste zudem weitere Erleichterungen, die die zunehmend differenzierten Ausbildungs- und Familienplanungen der Berechtigten berücksichtigen. Diese Maßnahmen werden dazu beitragen, dass die Zahl der Bafög-BezieherInnen in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Schon im letzten **Bafög-Bericht** konnte festgestellt werden, dass der zuletzt leicht rückläufige Trend gestoppt ist.

2010 profitierten **916.000** junge Menschen von dieser Ausbildungshilfe, davon waren knapp 324.000 Schüler sowie 592.000 Studierende. Auch die Zahl der Bafög-geförderten Studierenden, die einen Teil Ihres Studiums im Ausland verbringen, konnte signifikant gesteigert werden.

**Entwicklung der Zahl der Bafög-Bezieher:**



Quelle: eigene Darstellung auf Zahlengrundlage des Statistisches Bundesamts

Das Bafög ist die zentrale Säule der Studienfinanzierung in Deutschland. Mit dem „**Deutschlandstipendiums**“ hat die christlich-liberale Koalition die Studienfinanzierung nun um eine weitere Komponente erweitert.

Leistungsstarke Studierende erhalten mit dem Deutschlandstipendium die Möglichkeit, jeden Monat **300 Euro** zusätzlich zu

ihren bisherigen Einkünften zu verdienen. Dabei teilen sich private oder institutionelle Stifter die Kosten für das Stipendium mit der öffentlichen Hand. Dadurch besteht für die Stipendiaten häufig auch die Möglichkeit, **attraktive Praktika zu absolvieren oder sogar den Berufseinstieg** auf diese Weise zu schaffen.

Als leistungsorientierte Ergänzung des Bafög und anderer Programme der Studienfinanzierung fördert das „Deutschlandstipendium“ auch die Entwicklung einer deutschen Stipendienkultur, das habe ich auch im **Plenum** des Deutschen Bundestages angemerkt.

Diese weitere Säule der Studienfinanzierung und besondere Anerkennung für herausragende Studienleistungen wurde **so gut angenommen**, dass bereits vor dem eigentlichen Start des Programms mehr als **1000** der zunächst geplanten 10.000 Stipendien zugesagt wurden.

Auch die **Begabtenförderung** durch die Begabtenförderungswerke ist ein wichtiges Standbein der Studienfinanzierung in Deutschland. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dafür gesorgt, dass für die Förderung junger Menschen in Deutschland deutlich mehr Geld zur Verfügung gestellt wurde.

**Entwicklung der Zuwendungen für die Begabtenförderung:**

Jahr	Zuwendungshöhe	Geförderte
2005	80,5 Mill. Euro	16.504
2006	87,7 Mill. Euro	6895
2007	99,4 Mill. Euro	20.794
2008	113,2 Mill. Euro	24.596
2009	132,3 Mill. Euro	26.629
2010	197,7 Mill. Euro	

Quelle: BMBF



Ein **Dauerbrenner** in den Diskussionen zur Studienfinanzierung sind auch immer wieder **Studiengebühren**. Obwohl wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die Einführung von Studiengebühren in keinem Bundesland bisher zu einem Abwandern von Studierenden führt, lehnt die Opposition Studiengebühren weiter vehement ab. Dabei sind es gerade diese Gebühren, die in vielen Bundesländern zur **Verbesserung der Studienqualität** an den Hochschulen beigetragen haben.

### **Fazit: Freie Fahrt auf dem Weg in die Bildungsrepublik?**

Die christlich-liberale Koalition hat im Bereich der Bildungspolitik den Weg fortgesetzt, den **Bundeskanzlerin Angela Merkel** und **Bildungsministerin Annette Schavan** bereits nach dem Regierungswechsel 2005 initiiert haben. Das **10 Prozent – Ziel** ist glaubwürdiges Bekenntnis der christlich-liberalen Koalition für eine nachhaltige Politik und wird konsequent umgesetzt.

Als Bundespolitiker stellen wir aber immer wieder fest, dass der **Bund nur über eine begrenzte Zuständigkeit** verfügt, wenn es um die Verbesserung unseres Bildungssystems geht.

Seit der **Föderalismusreform 2005** ist die **Bildungspolitik** fast ausschließlich in die **Zuständigkeit der Länder** übergegangen. Mitsprache- und Kooperationsmöglichkeiten gibt es für den Bund insbesondere im Schulbereich durch das häufig sogenannte „Kooperationsverbot“ kaum noch.

Hierbei ist aber schnell klar geworden, dass die **Länder die Herausforderungen unseres Bildungssystems nicht allein bewältigen können und das Kooperationsverbot oft ein Hemmnis für eine verantwortungsvolle Bildungspolitik ist.**

Doppelte Abiturjahrgänge, die strukturelle Herausforderung des demographischen Wandels und nicht zuletzt auch die exponentiell steigende Zahl von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund können nur durch **gemeinsame Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen** produktiv für die Weiterentwicklung des Bildungsstandortes Deutschland genutzt werden.

Deshalb haben wir im Deutschen Bundestag schon **mehrfach** über die Weiterentwicklung der **föderalen Zuständigkeiten** im Bildungsbereich diskutiert. Ich setze mich auch innerhalb meiner Fraktion dafür ein, dass wir zu einer neuen **Kooperationskultur** im Bildungsbereich kommen.

Nur so können wir meiner Meinung nach unser Ziel, Deutschland zu einer **Bildungsrepublik** werden zu lassen, erreichen.